



**STADT ESSLINGEN AM NECKAR**  
**STADTPLANUNGSAMT**

**795**

**BEBAUUNGSPLAN**

**HEUGASSE /  
LANDOLINGASSE**

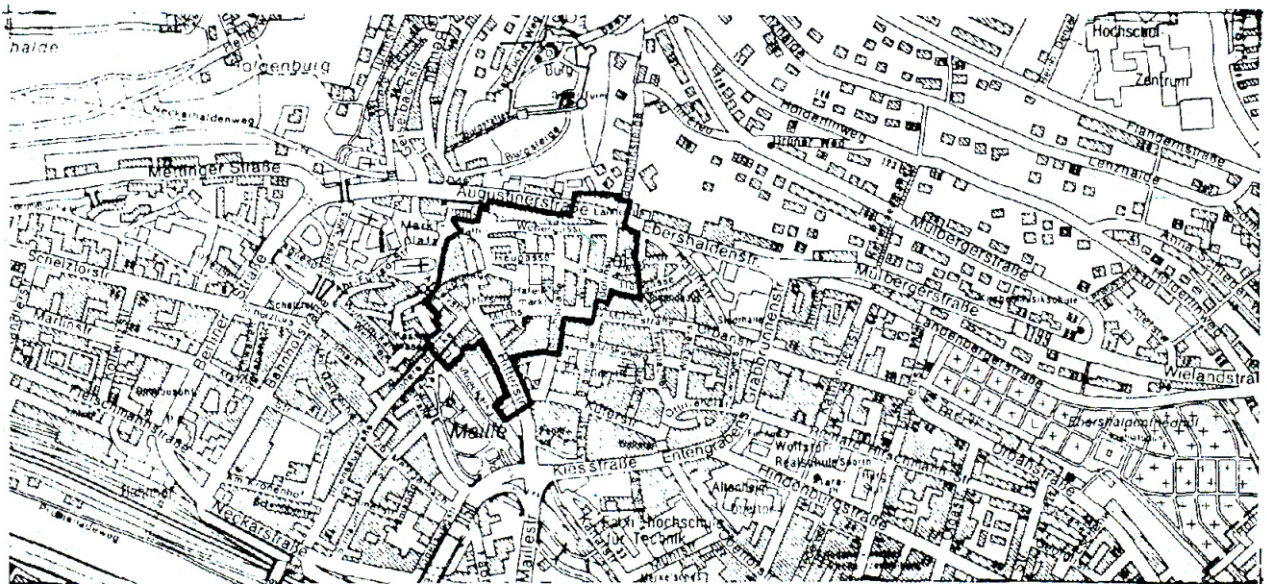
**IM PLANBEREICH 01 'INNENSTADT I'**

**M 1:500**

Esslingen am Neckar, den 10.11.1998

*Schub*

Oberbaudirektor



**BÜRGERMEISTERAMT**

**Ausgelegt** gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 01.02.1999  
bis 05.03.1999

**Satzungsbeschluß** Gemeinderat am 14.06.1999 , TOP 9

**Anzeigeerlaß** des Regierungspräsidiums Stuttgart vom \_\_\_\_\_

**Ausfertigung** Esslingen am Neckar, den 26.07.1999

*W. Walbert*  
Bürgermeister

**Rechtsverbindlich** durch Bekanntmachung in der Esslinger Zeitung  
vom 05.08.1999 , Nr. 178

**Bebauungsplan Nr.: 795**

**Heugasse / Landolinsgasse**

**Planbereich 01 "Innenstadt"**

## **Textteil**

### **Inhaltsverzeichnis**

A	Planungsrechtliche Festsetzungen
1	Art der baulichen Nutzung
2	Maß der baulichen Nutzung
3	Stellplätze und Garagen
4	Private Grünflächen
5	Verkehrsflächen
6	Schutzflächen und ihre Nutzung
7	Pflanzgebote und Pflanzbindungen
8	Nachrichtliche Übernahme von Denkmälern
9	Erhaltung baulicher Anlagen
B	Örtliche Bauvorschriften
1	Äußere Gestaltung baulichen Anlagen
2	Werbeanlagen und Automaten
3	Gestaltung und Nutzung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sowie Zulässigkeit von Einfriedigungen
4	Erfordernis eines Kenntnisgabeverfahrens
C	Ordnungswidrigkeiten
D	Hinweise
E	Aufgehobene Vorschriften
F	Rechtsgrundlagen
	Verfahrensvermerke

# **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

## **A      Planungsrechtliche Festsetzungen**

(§ 9 BauGB und BauNVO)

### **1      Art der baulichen Nutzung**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 - 15 BauNVO)

#### **1.1      Besonderes Wohngebiet (WB) gemäß § 4 a BauNVO**

Im besonderen Wohngebiet (WB) werden die Ausnahmen nach § 4 a Abs. 3 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO).

Im besonderen Wohngebiet (WB) sind nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und Abs. 9 BauNVO):

- Gewerbebetriebe, die der gewerblichen Unzucht dienen;
- die Errichtung von Schank- und Speisewirtschaften sowie
- die Errichtung und Erweiterung von Betriebsflächen für Einrichtungen zur Abgabe von Speisen und Getränken zum überwiegenden Verzehr auf der Straße.

Die Errichtung von Schank- und Speisewirtschaften kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn deren Betrieb spätestens um 20.00 Uhr geschlossen wird (z. B. Tagescafés, Restaurants innerhalb von Einzelhandelsbetrieben, Eisdieleen, usw.).

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 – 15 BauNVO)

Oberhalb des Erdgeschosses sind nur Wohnungen zulässig (§ 4 a Abs. 4 Nr. 1 BauNVO).

#### **1.2      Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO**

##### **1.2.1      Im Mischgebiet (MI) werden die Ausnahmen nach § 6 Abs. 3 Baunutzungsverordnung nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 Baunutzungsverordnung).**

Im Mischgebiet (MI) sind nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und Abs. 9 Baunutzungsverordnung):

- Gewerbebetriebe, die der gewerblichen Unzucht dienen;
- Gartenbaubetriebe;
- Tankstellen;
- Vergnügungsstätten;
- die Errichtung und Erweiterung von Betriebsflächen für Einrichtungen zur Abgabe von Speisen und Getränken zum überwiegenden Verzehr auf der Straße.

##### **1.2.2      In den Erdgeschossen der an den Rathausplatz, Hafenmarkt, an die Innere Brücke, Ritterstraße und Fischbrunnenstraße angrenzenden Gebäude sind Wohnungen unzulässig (§ 1 Abs. 7 Nr. 2 BauNVO).**

### **2      Maß der baulichen Nutzung**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 - 21 a BauNVO)

#### **2.1      Firsthöhe und Traufhöhe**

Die Firsthöhe bzw. die Traufhöhe darf höchstens 1,0 m über und 0,5 m unter der Bestandshöhe vom 23.09.98 laut Höhenplan der Fa. Geoplana liegen. Dies gilt für den gesamten Planbereich, außer den Bereichen mit einer Festsetzung der Gebäudehöhe (OK), der Traufhöhe (TH) oder der Geschosszahl.

### **3      Stellplätze und Garagen**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)

#### **3.1      Stellplätze sind nur als Garagenstellplätze oder in Tiefgaragen zulässig.**

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **4      Private Grünflächen**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- 4.1      Auf den privaten Grünflächen ist die Errichtung von Gebäuden im Sinne von § 2 Abs. 2 LBO nicht zulässig.

### **5      Verkehrsflächen**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

5.1      Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- 5.1.1    Im "Fußgängerbereich" wird die Nutzung der Verkehrsflächen für den allgemeinen Verkehr beschränkt, entsprechend der geltenden straßenrechtlichen Widmung.

### **6      Schutzflächen und ihre Nutzung**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

- 6.1      Bei den mit dem Planzeichen "i" gekennzeichneten Gebieten handelt es sich um Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen Verkehrsimmissionen zu treffen sind. Die besonderen baulichen Vorkehrungen müssen so beschaffen sein, dass in den Wohnräumen tagsüber (6.00 bis 22.00 Uhr) ein Innenschallpegel von 35 dB (A) und in Schlafräumen nachts (22.00 bis 6.00 Uhr) ein Innenschallpegel von 30 dB (A) nicht überschritten wird. Bezüglich der zulässigen Innenschallpegel in Kommunikations- und Arbeitsräumen wird auf die VDI 2719 hingewiesen.

### **7      Pflanzgebote und Pflanzbindungen**

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und 25 b BauGB)

7.1      **Pflanzgebot für Tiefgaragendecken**

Die nicht überbauten Teile von Tiefgaragendecken sind mit einer mindestens 0,6 m starken Erdüberdeckung zu versehen und zu begrünen. Mindestens 20 % der Fläche ist mit heimischen Laubgehölzen zu bepflanzen.

7.2      **Pflanzgebot für Dachbegrünung**

Flachdächer und Dachflächen mit einer Neigung bis zu 15 ° sind flächendeckend zu begrünen und dauernd zu unterhalten. Ausgenommen hiervon sind Glasdächer, Wintergärten, Terrassenüberdachungen sowie andere Dachflächen bis zu 10 m².

Die Dachbegrünung muss in ihrem Gesamtaufbau eine Wasseraufnahmekapazität von mindestens 35 l/m² aufweisen.

7.3      **Pflanzbindung für Einzelbäume**

Die mit Pflanzbindung festgesetzten Einzelbäume sind dauernd zu unterhalten. Abgängige Bäume sind durch standortgerechte, heimische Laubbäume zu ersetzen.

7.4      **Flächenhafte Pflanzbindung für Bäume und Sträucher**

Auf den mit Pflanzbindung belegten Flächen ist die Bepflanzung dauernd zu erhalten. Abgängige Bäume und Sträucher sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen oder durch standortgerechte heimische Laubgehölze zu ersetzen.

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **8      Nachrichtliche Übernahme von Denkmälern**

(§ 9 Abs. 6 BauGB)

- 8.1      Die mit "D" gekennzeichneten Gebäude sind als Kulturdenkmale in die Denkmalliste eingetragen und unterliegen den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes.

### **9      Erhaltung baulicher Anlagen**

(§ 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- 9.1      Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird als Gebiet bezeichnet, in dem die Errichtung, der Abbruch, die Änderung oder die Nutzungsänderung von Gebäuden der Genehmigung bedürfen.

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **B    Örtliche Bauvorschriften** (§ 74 LBO)

#### **1    Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen** (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

##### **1.1    Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz**

1. Die Fassaden von Gebäuden sind deutlich erkennbar als tragende Erdgeschosszone und als flächige Lochfassade in den Obergeschossen auszubilden, dabei muss der Wandanteil in den Obergeschossen größer sein als der Öffnungsanteil. Öffnungen sind als stehende Rechtecke in Art, Proportion, Form und Abmessung am historischen Bestand des Gebäudes und der Umgebung auszurichten.

2. Die von Fernsichtpunkten, vom öffentlichen Verkehrsraum und von der Nachbarschaft einsehbare Dachlandschaft und ihre Dächer dürfen in ihrer Einheitlichkeit, Lebendigkeit und Geschlossenheit, insbesondere in Bezug auf Dachform, maßstäbliche Gliederung, Material und Farbe sowie Detailausbildungen, in ihrem Gesamtbild nicht beeinträchtigt werden.

3. Die zur Verwendung kommenden Materialien und Farben für bauliche Anlagen und Bauteile müssen auf die besondere gestalterische Situation der historischen Altstadtsubstanz Bezug nehmen. Sie sind untereinander abzustimmen.  
Faserzement-, Kunststoff- und ähnliche Platten oder Schindeln sowie glänzende, reflektierende oder glasierte Oberflächen, grelle und sehr dunkle Farben, grob oder buckelig ausgeführte Putze sind zur Gestaltung der baulichen Anlagen nicht zulässig.

##### **1.2    Gestaltungsregeln**

###### **1. Fassade**

###### **Erdgeschoss**

Die vom öffentlichen Verkehrsraum einsehbaren Außenwandflächen von Gebäuden sollen auch im Erdgeschoss einen geschlossenen Wandteil erhalten. Dabei müssen Eckpfeiler und Mittelpfeiler deutlich ablesbar bleiben.  
Schaufensteröffnungen sollen mit Sockeln gestaltet und deutlich hinter die Fassade gesetzt werden.

###### **Obergeschosse und Giebel**

Obergeschosse und Giebel sind gestalterisch als Einheit herzustellen.  
Ausnahmsweise können Fenstergruppen zugelassen werden.  
Senkrechte Fensterbänder sind nicht zulässig.

###### **Fenster und Türen**

Fenster und Türöffnungen in Putzflächen müssen Putzfaschen haben oder mit Halbfutter und Bekleidung aus Holz gefasst sein.  
Rolladenkästen und Vorrichtungen mit Außenjalousien sind baulich zu integrieren. Rolläden und Außenjalousien müssen farblich auf die Fassade abgestimmt sein.

Fenster in den Ober- und Dachgeschossen historischer Fassaden sind in der Regel in Holz, 2-flügelig mit Oberlicht und in weißer Farbe auszuführen. Fensterläden sind, wo sie zum Stil der Fassade gehören, beizubehalten oder wieder anzubringen.

### **2. Dach**

Zulässig sind mittige Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 50 ° und 60 °. Dies gilt für den gesamten Planbereich, außer den Bereichen mit einer Festsetzung Flachdach (FD). Ausnahmsweise können zugelassen werden:

- Krüppel-Walmdächer
- Mansard-Dächer
- Aufschieblinge

#### **Dachüberstand**

Dächer sind am Ortgang und an der Traufe mit einem Dachüberstand herzustellen. Die Traufe ist mit vorgehängter, halbrunder metallener Dachrinne, der Ortgang mit Windbrett, Zahnleiste oder Stellbrett auszubilden. Ortgangziegel sind nicht zulässig.

#### **Dachgauben und Dacheinschnitte, Dachfenster**

Dachgauben und Dachliegefenster müssen von der traufseitigen Außenwand und dem First einen Abstand von jeweils mindestens 1,00 m und von der Giebelwand einen Abstand von mindestens 1,50 m einhalten.

Die Breite aller Dachgauben einer Dachseite darf insgesamt 40 % der Gebäudelänge nicht überschreiten. Dabei soll die maximale Breite der einzelnen Dachgauben 2,00 m und der seitliche Mindestabstand der Gauben untereinander jeweils 2,00 m betragen.

Die Höhe der Fenster der Dachgauben muss erkennbar unter der Höhe der Fenster in den Obergeschossen bleiben, Dachrinnen sind an den Dachgauben nicht zulässig.

Liegende Dachfenster sind im Format als stehende Rechtecke mit jeweils max. 1,00 m<sup>2</sup> zulässiger Größe herzustellen. Auf der vom öffentlichen Verkehrsraum einsehbaren Seite beträgt die zulässige Größe maximal 0,60 m<sup>2</sup>. Die Abstände der Dachflächenfenster untereinander müssen mindestens 1,80 m betragen, ausnahmsweise können 2 Fenster nebeneinander zugelassen werden.

Dacheinschnitte sind ebenso wie Dachliegefenster, die über die Dachfläche ragen (sogenannte aufgekeilte Dachliegefenster), nicht zulässig.

Dacheinschnitte können auf den vom öffentlichen Verkehrsraum abgewandten Seiten ausnahmsweise zugelassen werden; sie dürfen nicht in Verbindung mit Dachaufbauten auf derselben Dachseite hergestellt werden.

#### **Dachdeckung**

Dächer (auch Dachaufbauten) sind mit Tonziegeln in naturbelassener roter Farbe einzudecken.

### **3. Andere Bauteile**

#### **Balkone und Wintergärten**

Balkone, balkonartige Wintergärten u. ä. verglaste Vorbauten sind nur auf den vom öffentlichen Verkehrsraum abgewandten Seiten zulässig.

#### **Markisen und Vordächer**

Markisen sind auf den dem öffentlichen Verkehrsraum zugewandten Fassaden nur im Erdgeschoss zulässig; sie müssen einer Öffnung zugeordnet sein und sollen im geschlossenen Zustand in der Öffnungsleibung untergebracht werden. Vordächer sind an den dem öffentlichen Verkehrsraum zugewandten Fassaden nicht zulässig.

#### **Energiegewinnungsanlagen**

Energiegewinnungsanlagen sind in Dächer und Fassaden gestalterisch zu integrieren.

## **2      Werbeanlagen und Automaten** (§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

### **2.1      Allgemeine Grundsätze**

1. Werbeanlagen dürfen nur an Gebäuden angebracht werden.
2. Folgende Werbeanlagen sind nicht zulässig:
  - senkrecht übereinander stehende Schriftzeichen
  - Beklebungen oder Verdeckung von mehr als 15 % der Fläche von Schaufenstern und sonstigen Öffnungen an baulichen Anlagen
  - Spruchbänder und Fahnen
  - Schriften auf Tafeln oder Bändern
  - Kästen für Stechschilder, Zeichen, Embleme, Schriftzüge
  - Schriften und Zeichen an Vordächern und Markisen
  - selbstleuchtende Transparente
  - für Anschläge bestimmte Werbeanlagen über 0,5 m<sup>2</sup> Größe, ausgenommen Litfasssäulen

### **2.2      Gestaltungsregeln**

#### **1. Ort der Anbringung und Anzahl der Werbeanlagen und Automaten**

- Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung im Bereich des Erdgeschosses oder der Brüstung des 1. Obergeschosses zulässig.
- Je Betrieb oder Institution ist an jeder Gebäudefront nur eine Werbeanlage zulässig. Zusätzlich kann ein ergänzendes Firmenzeichen oder Emblem oder Stechschild zugelassen werden. Werbeanlagen für verschiedene Geschäfte oder Institutionen an einem Gebäude sind in Größe, Art, Form und Farbe aufeinander abzustimmen.
- Automaten sind nur in Laden- und Hauseingängen, Hofeinfahrten oder Passagen sowie als integrierter Bestandteil von Schaufensteranlagen zulässig.



### **2. Gestaltung der Werbeanlagen**

- Schriftzüge sind mit Einzelbuchstaben in horizontaler Anordnung auszuführen. Der Corpus der Schrift darf max. 30 cm hoch sein; bei Worten, die aus firmenbezogenen Gründen nur aus Großbuchstaben bestehen, sind Buchstabenhöhen bis 40 cm zulässig. Größere Höhen können zugelassen werden, wenn 1/3 der Höhe der Anbringungsfläche nicht überschritten wird.

Die Schriftzüge dürfen in der Breite max. 2/3 der freien Wandfläche einnehmen. Einzelbuchstaben in künstlerischer Ausführung aus Metall und aufgemalte Schriften können höher ausgeführt werden.

- Stehschilder dürfen eine Höhe von max. 90 cm und eine Ausladung von max. 120 cm nicht überschreiten (Schildmaß).
- Embleme und Zeichen dürfen eine Höhe von max. 50 cm, eine Breite von max. 50 cm und eine Tiefe von max. 15 cm nicht überschreiten.

Glänzende, reflektierende, grelle oder sehr dunkle Farben und Materialien und Werbeanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht sind nicht zulässig.

### **3 Gestaltung und Nutzung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sowie Zulässigkeit von Einfriedigungen** (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

- 3.1 Plätze für bewegliche Abfallbehälter sind baulich oder durch Bepflanzungen gegen Einsicht von öffentlichen Anlagen und Verkehrsflächen abzuschirmen.

#### **3.2 Freiflächen**

Zur Befestigung von nicht begrünten Flächen sind Pflasterbeläge oder Beläge zu verwenden, die wenigstens teilweise wasserdurchlässig sind.

#### **3.3 Einfriedigungen**

Einfriedigungen gegenüber dem öffentlichen Verkehrsraum müssen einen gestalterischen Bezug zur Gebäudesubstanz der Altstadt aufweisen. Sie dürfen eine Höhe von 1,20 m nicht unterschreiten.

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **4      Erfordernis eines Kenntnissgabeverfahrens**

(§ 74 Abs. 1 Nr. 7 LBO)

4.1      Für folgende Vorhaben ist abweichend von § 50 Abs. 1 mit zugehörigem Anhang und Abs. 2 LBO ein Kenntnissgabeverfahren erforderlich:

1. Gebäude ohne Aufenthaltsräume, Toiletten oder Feuerstätten (Anhang Nr. 1)
2. Öffnungen in Außenwänden und Dächern (Anhang Nr. 15)
3. Außenwandverkleidungen und Verblendungen (Anhang Nr. 16)
4. Anlagen zu photovoltaischer und thermischer Solarnutzung (Anhang Nr. 21)
5. Stellplätze (Anhang Nr. 65)
6. Nutzungsänderungen in Wohnraum (§ 50 Abs. 2 Nr. 2 LBO)

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **C      Ordnungswidrigkeiten** (§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

Bei Zuwiderhandlungen gegen die örtlichen Bauvorschriften gelten die Bestimmungen des § 75 LBO.

### **D      Hinweise**

#### **1. Fund von Kulturdenkmalen**

Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) sind Funde, von denen anzunehmen ist, daß an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen.

#### **2. Grundwasser**

Das Plangebiet ist großteils überbaut. Bei Baumaßnahmen, die tiefer reichen als die bisherigen Gründungen, ist eine hydrogeologische Erkundung durchzuführen. Sofern von neuen Baumaßnahmen Grundwasser erschlossen wird, ist zusätzlich zum Baugenehmigungsverfahren ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen. Auch für vorübergehende Grundwasserabsenkungen während der Bauzeit ist ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen; die Pläne mit Beschreibung sind beim Landratsamt -Untere Wasserbehörde- einzureichen.

#### **3. Altlasten**

In der Historischen Erhebung der altlastenverdächtigen Flächen im Landkreis Esslingen (1996) sind die nachfolgend aufgeführten Grundstücke auf Beweisniveau 0 und 1 mit "B" und "E" bewertet. Auf Grund von früher ausgeübten Nutzungen besteht der Verdacht, daß der Boden mit umweltgefährdenden Stoffen belastet ist:

Augustinerstr. 4-6, Hofstatt 1, Hirschstr. 3, Hafenmarkt 7, Landolinsgasse 16, Landolinsplatz 4, Heugasse 14, Heugasse 16, Webergasse 2, Webergasse 3, Webergasse 5, Webergasse 7, Webergasse 8, Webergasse 9, Webergasse 12, Webergasse 13, Webergasse 20, Rathausplatz 11, Rathausplatz 9-10, Ritterstr. 5, Strohr. 34.

Bei Bauvorhaben, die in den Untergrund eingreifen, ist vorab in Abstimmung mit dem Landratsamt Esslingen eine historische und technische Erkundung durchzuführen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind dem Landratsamt Esslingen zur Bewertung zuzuleiten. Erd- und Aushubarbeiten und ggfs. auch Sanierungsmaßnahmen sind unter Aufsicht eines Sachverständigen durchzuführen.

#### **4. Baugrunduntersuchungen**

Für größere Bauvorhaben werden ingenieurgeologische Untersuchungen empfohlen.

#### **5. Gestaltungsfibel**

Die Gestaltungsfibel der Innenstadt gibt erläuternde Hinweise für die Erhaltung und Gestaltung baulicher Anlagen

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **E      Aufgehobene Vorschriften**

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes treten in seinem räumlichen Geltungsbereich alle bisherigen Vorschriften außer Kraft, dies gilt insbesondere für:

- Bebauungsplan - Innenstadt - Ausschluss von Gaststätten vom 21.11.1996, rechtsverbindlich 28.08.1997 (782)
- Bebauungsplan Strohgasse/Heugasse vom 05.10.1978/08.06.1979, gen. 31.05.1979, in Kraft 10.07.1980
- Bebauungsplan über die Art und das Maß der baulichen Nutzung im Innenstadtgebiet (Baugebietsplan) vom 22.01.1963 gen. 24.02.1964, in Kraft 13.03.1964 (488)
- Bebauungsplan Ringstraße vom 08.09.1959, gen. 04.08.1961, in Kraft 10.08.1961 (454)
- Staffelbauplan, gen. 06.05.1930, in Kraft 23.05.1930 (223)
- Stadtbauplan Zehentstraße vom 08.05.1928, gen. 08.06.1928 (219)
- Baulinienfeststellung Ecke Marktplatz/Zehentstraße vom 05.01.1910, gen. 02.04.1910, in Kraft 15.04.1910 (162)
- Baulinienplan für den Landolinsplatz vom 15.08.1907, gen. 07.10.1907, in Kraft 10.10.1907 (129)
- Baulinienplan zur Hirsch- und Fischbrunnenstraße vom 05.09.1906, gen. 13.10.1906, in Kraft 31.01.1907 (115)
- Baulinie für die Südseite der Heustraße vom 18.12.1905, gen. 19.01.1906 (103)
- Baulinienfeststellung in der Milchstraße vom Mai 1903, gen. 24.09.1903 (76)
- Festlegung einer Baulinie an der Mauerstraße vom 10.10.1896, gen. 24.12.1896 (32)
- Baulinie der inneren Pliensaubrücke vom 29.09.1902, gen. 14.01.1903 (11)

### **F      Rechtsgrundlagen**

Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141)

Die Neufassung wurde auf Grund des Art. 10 Abs. 1 des Bau- und Raumordnungsgesetzes 1998 vom 18.08.1997 (BGBl. I S. 2081) in der ab dem 1. Januar 1998 geltenden Fassung bekanntgemacht.

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132)

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.09.1995 (GBl. S. 617)

## **Bebauungsplan      Heugasse / Landolinsgasse**

### **Verfahrensvermerke**

<b>1</b>	<b>Aufstellungsbeschluss:</b>	<b>26.4.1995</b>
<b>2</b>	<b>Entwurf:</b>	
	<b>Beschluss</b>	<b>17.9.1997</b>
	<b>Auslage</b>	<b>1.2.1999 – 5.3.1999</b>
<b>3</b>	<b>Satzungsbeschluss</b>	<b>14.6.1999</b>
<b>4</b>	<b>Ausfertigung</b>	<b>26.7.1999</b>
<b>6</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>5.8.1999</b>